

II- 63 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präsi. 3. JUNI 1970 Ba. 65/J

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. WITHALM, Dr. KOREN, GRAF und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,  
betreffend die Verhinderung einer Fusion von ÖMV und ÖSW

Abgeordnete der ÖVP haben am 20. Mai 1970 eine schriftliche Anfrage an den Herrn Bundeskanzler (33/J) betreffend die Verhinderung der Fusion von ÖMV und ÖSW gerichtet.

Da die Antwort des Bundeskanzlers noch aussteht, der von der ÖIG vorgesehene Fusionstermin - der 30. Juni auf der Basis einer Fusionsbilanz vom 1. Jänner 1970 - immer näher rückt, sehen sich die unterzeichneten Abgeordneten gezwungen, den zuständigen Bundesminister diesmal dringlich zu interpellieren, obwohl die geschäftsordnungsmäßige Frist zur Beantwortung der Anfrage vom 20. 5. noch offen ist.

Die Frage der Fusion dieser beiden Unternehmen ist für den Chemiebereich eine derart entscheidende, die stattgehabte Vorgangsweise zur Verhinderung dieser Fusion eine derart bedenkliche, daß für die unterzeichneten Abgeordneten die Notwendigkeit besteht, die Angelegenheit im Parlament zu erörtern und auf die Unterschiede sozialistischer Agitation vor der Wahl und reaktionärer Industriepolitik nach der Wahl vom 1. 3. 1970 hinzuweisen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

- 1.) Beruhen die Meldungen über eine Konferenz sozialistischer Vertrauensleute vom 14. Mai 1970 und den dort gefaßten Beschuß, die Fusion zwischen den Linzer Stickstoffwerken und der ÖMV platzen zu lassen, auf Wahrheit?
- 2.) Stimmt es, daß der Bundeskanzler an den Beratungen teilgenommen hat und den Vorsitz führte?
- 3.) Welche sozialistischen Regierungsmitglieder nahmen daran teil?
- 4.) Wer waren die weiteren Teilnehmer dieser Konferenz?
- 5.) Was für eine Zuständigkeit hatte diese Konferenz?
- 6.) Ist Ihnen bekannt, daß ordnungsgemäß gefaßte Beschlüsse der zuständigen Organe der ÖIG vorliegen, eine Fusion zwischen ÖMV und ÖSW durchzuführen?
- 7.) Haben Sie die zuständigen Organe der ÖMV und ÖSW sowie der ÖIG mit einer sozialistischen bzw. Regierungsmeinung durch diese "Rätekonferenz" parteipolitisch präjudiziert?
- 8.) Sind Sie nicht der Meinung, daß die notwendige rasche Lösung einer petrochemischen Verarbeitung der Raffinerieprodukte in internationaler Kooperation durch die angebliche Zurückstellung des Funktionierungsprozesses der österreichischen Öl-Chemie gefährdet wird?
- 9.) Wann werden Sie die zuständigen Organe der ÖIG mit den Ergebnissen Ihrer Konferenz "sozialistischer Experten und Interessenten" befassen?
- 10.) Sehen Sie nicht einen Widerspruch zwischen sozialistischen Erklärungen v o r der Wahl über die Notwendigkeiten moderner Industriepolitik in Österreich (nachzulesen in den Programmen der SPÖ) und den Erkenntnissen dieser "Rätekonferenz" n a c h der Wahl?

In formeller Hinsicht wird beantragt, dem erstunterzeichneten Abgeordneten Gelegenheit zur Begründung dieser Anfrage zu geben und hierauf gemäß § 73 der GO eine Debatte über den Gegenstand abzuführen.